

PARTEITAG BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die kriegsbejahende Anti-Kriegspartei



Lachende grüne Spitzenmänner: Pazifismus ist out. Stattdessen wird eine "hohe Friedenskompetenz" die Politik der deutschen Grünen leiten.

(Foto: Epa)

Die grüne Basis hat gewählt: Am Wochenende sagte eine überraschend große Mehrheit Ja zur deutschen Beteiligung am Krieg gegen den Terrorismus. Und verabschiedete sich damit von einem der einst wichtigsten grünen Prinzipien: dem Pazifismus.

Markus Bickel ist freier Journalist und lebt in Berlin. Für die woxx berichtet er vom Parteitag der Grünen in Rostock.

Annette M. konnte es nicht fassen. Seit diesem Wochenende ist die Grüne aus dem westdeutschen Coesfeld fast allein in ihrem Stadtverband. "Und tschüss - aufrichtige Grüne verlassen die Partei" prangte es von einem Plakat gegenüber der Rednertribüne in der Rostocker Stadthalle, wo die Grünen bis zum vergangenen Sonntag ihren Parteitag abhielten.

Doch schon am Samstagabend reisten die meisten der aus Coesfeld Angereisten wieder ab. Nach der Absegnung des Afghanistan-Einsatzes durch mehr als drei Viertel der rund 700 Delegierten wollten sie diesmal wirklich ernst machen. Und ernst machen heißt jetzt für manche Grüne in Deutschland: austreten, das Parteibuch hinschmeißen.

Wie viele es genau sind, die diesen definitiven Schritt gehen, ist noch nicht abzusehen. In Rostock hatten immer wieder Hiobsbotschaften für die Parteispitze die Runde gemacht: Der Kreisverband Bremerhaven wolle geschlossen austreten, hieß es, die Grünen aus Soest stünden kurz vor dem Absprung, der Kreisverband Lippe wolle sich auflösen. Bei Mitgliedern der Grünen Jugend war der Frust über den Abstimmungsverlust besonders groß: Nie hätte man geglaubt, dass die Zustimmung zum Beschluss des Deutschen Bundestags, 3.900

Soldaten für den weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zur Verfügung zu stellen, so überwältigend ausfallen würde.

Neugrüner Grundsatz: Gewaltkritisch

"Basisdemokratisch, ökologisch, gewaltfrei" waren die drei Grundsätze, mit der die Alternativen vor zwanzig Jahren angetreten waren, das deutsche Parteiensystem aufzuwirbeln. Doch schon während des Kosovo-Krieges vor zwei Jahren sahen viele Mitglieder die Gewaltfreiheit bei den Grünen nicht mehr aufgehoben. Die Zahl der Austritte erreichte jedoch nie existenzgefährdende Ausmaße. Nach Rostock schätzt Annelie Buntenbach die Situation ähnlich ein. Sie ist eine von vier grünen Bundestagsabgeordneten, die am 16. November im Berliner Reichstag gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Einsatz deutscher Militärs stimmten. "Es kann mittelfristig einen Erosionsprozess geben, aber keinen Erdrutsch von Austritten von heute auf morgen", sagt sie. "Ich selbst wünsche mir, dass sich die Kriegsgegner jetzt nicht aus der Politik zurückziehen."

Selbst noch einmal für den Bundestag kandidieren will Buntenbach allerdings nicht. In Friedensinitiativen und bei den GlobalisierungskritikerIn-

nen von Attac sieht sie ihr künftiges Betätigungsfeld. "Der Platz für Kriegsgegner innerhalb der Grünen ist wieder kleiner geworden."

Damit hat die Parlamentarierin zweifelsohne recht. Wäre die einstige Pazifistenpartei konsequent, müsste sie nach Rostock das Wörtchen "gewaltfrei" ohnehin aus dem Parteiprogramm streichen. "Wir wissen, dass sich Gewalt als ultima ratio leider nicht immer ausschließen lässt", lautet der entscheidende Satz, den die Delegierten beschlossen - wahrscheinlich ohne zu wissen, dass sie damit gegen ihr eigenes Parteiprogramm verstießen.

Denn in dem seit 1980 mehrfach ergänzten Programm ist festgelegt, dass der Einsatz von Militärs in Konfliktsfällen lediglich "friedenserhaltenden" oder "friedenssichernden" Charakter haben darf. Eine Ausweitung auf "friedensschaffende" Missionen, wie sie der von der Parteispitze formulierten Satz impliziert, schließt es aus.

Eigentlich wollten die beiden Vorsitzenden Claudia Roth und Fritz Kuhn die Debatte um den außenpolitischen Teil des neuen Parteiprogramms erst im kommenden Jahr auf die Tagesordnung setzen, doch der 11. September machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Und Joschka Fischer, der in Rostock offensiv für ei-

ne programmatische Erweiterung warb: Es könne nicht sein, dass die Grünen vor jedem neuen Militäreinsatz einen Sonderparteitag abhielten, schimpfte der deutsche Außenminister. "Die Basis muss heute Verantwortung übernehmen, in die eine oder die andere Richtung. Und die muss halten bis zum Ende der Legislaturperiode."

Über mangelndes Verantwortungsbewusstsein der Basis konnte sich Fischer nach der Abstimmung nicht mehr beklagen. So eindeutig wie in Rostock hat sich noch kein Parteitag hinter einen grünen Minister gestellt. Selbst GegnerInnen von Fischers Kurs wie die Bundestagsabgeordnete Steffi Lemke begrüßten in ihren Plädoyers gegen den Bundeswehreinsatz die positive Rolle, die der Außenminister im Afghanistan-Verhandlungsprozess einnehme. Woher Lemke und andere grüne AntimilitaristInnen den Optimismus nehmen, sie könnten die Partei wieder zu ihren gewaltfreien Wurzeln zurückführen, bleibt allerdings ihr Geheimnis. Deutschlands Rolle auf die "des Spezialisten für zivile Konfliktlösung und Konfliktprävention" zu beschränken, wie Lemke forderte, wollen die Grünen nach dem Beschluss von Rostock jedenfalls nicht mehr.

Seit acht Jahren: Grüne auf Kriegskurs

Schon seit der Brandrede des heutigen Vorsitzenden der Fraktion der Grünen im Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, vor acht Jahren haben sich die Grünen schleichend, aber konsequent, von ihren antimilitaristischen Grundsätzen verabschiedet. Zwar scheiterte Bendit auf dem Parteitag 1993 in Bonn noch mit seiner Forderung, die Partei müsse Kampfeinsätze auf Stellungen der bosnischen Serben unterstützen. Zwei Jahre später aber, nach dem Massaker von Srebrenica, schwenkten führende Grüne auf den Kurs Cohn-Bendits ein, darunter auch Fischer. Der Anfang vom Ende der Antikriegspartei Bündnis 90/Die Grünen war gemacht. Die Parteitage von Magdeburg 1997 und Bielefeld 1999 segneten die militärpolitischen Vorgaben ihrer Vormänner nur noch ab.

Und dennoch bedeutet der Beschluss vom Rostocker Parteitag eine Erweiterung, die den gewaltfreien Gründungsmythos der Grünen endgültig zerstört hat. Nicht ganz zu Unrecht bezeichnete Cohn-Bendit am Samstag das Votum für den Afghanistan-

Einsatz als "historische Abstimmung, die endlich mal Klarheit geschaffen hat". "Bündnis 90/ Die Grünen bleiben eine militärkritische Partei mit hoher Friedenskompetenz", heißt es zwar in dem Parteitagsbeschluss, doch die breite Zustimmung zum Kriegskurs der Bundesregierung spricht eine andere Sprache als die schwammige Formulierung des Vorstands.

Da hilft es auch nichts, dass die Parteispitze redlich bemüht war, die alte Lebenslüge der Grünen in neuen Farben zu verkaufen. "Sind wir für oder gegen Krieg - diese Frage stellt sich nicht. Wir sind und bleiben eine Antikriegspartei", verkündete etwa die Vorsitzende Claudia Roth. Nach langen Verhandlungen hinter den Kulissen wurde ein Antrag des Berliner Bundestagsabgeordneten und wohl prominentesten Kriegsgegners Christian Ströbele in den erfolgreichen Vorstandsantrag aufgenommen. Dort heißt es jetzt: "Bündnis 90/ Die Grünen bleiben auch der pazifistischen Tradition verpflichtet und verbunden."

Auswirkungen auf die Regierungspraxis der Grünen wird der Satz allerdings kaum haben. Seit Rot-Grün 1998 gewählt wurde, folgte ohnehin ein Bundeswehreinsatz dem nächsten. Wie ein frommer Wunsch hört sich da das Lamento der Parlamentarierin Steffi Lemke an. "Ich will nicht, dass als Ergebnis von Rot-Grün stehen bleibt, dass die Voraussetzung für Regierungsfähigkeit und die Eintrittskarte für die politische Elite dieses Landes mindestens ein Kriegseinsatz pro Legislaturperiode ist."

Genau das aber bewog die Europaabgeordnete Ilka Schröder im September dazu, endgültig das Handtuch bei den Grünen zu schmeißen. Dabei war sie schon vor zwei Jahren zu dieser Erkenntnis gelangt. "Wer sicherstellen will, dass Deutschland weiterhin Kriege führen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen", sagte sie damals.

Markus Bickel

